

**Antrag**  
**der Fraktion der SPD**

**Appell an die Regierung des Iran**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bekräftigt die vor drei Jahren in dem interfraktionellen Antrag (Drucksache 11/4057) zum Ausdruck gebrachte Verurteilung des Aufrufes von Ayatollah Khomeini an die Gesamtheit der Moslems, den britisch-indischen Autor Salman Rushdie zu töten.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Regierung des Iran, diesen Aufruf zurückzunehmen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, diesen Beschluß des Deutschen Bundestages der iranischen Regierung zu übermitteln.

Bonn, den 19. Februar 1992

**Hans-Ulrich Klose und Fraktion**

**Begründung**

Salman Rushdie lebt im Verborgenen bereits seit drei Jahren. Inzwischen sind auf Übersetzer seines Buches in Italien und Japan Mordanschläge verübt worden.

Das völkerrechtswidrige Vorgehen des Iran belastet das friedliche Zusammenleben zwischen Moslems und Andersgläubigen in aller Welt.

Friedliche Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlichen Glaubens ist nur möglich, wenn alle Mitglieder der Völkergemeinschaft die Prinzipien des Völkerrechts und die Charta der Vereinten Nationen respektieren. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis von islamisch geprägten zu nicht-islamischen Staaten.

